
Inhaltsverzeichnis des Integrierten Handlungskonzeptes Soziale Stadt Wormser Süden

Kapitel I – Einführung

- I.1 – Historie des Projektes „Soziale Stadt Wormser Süden“
- I.2 – Aufgabe des Integrierten Handlungskonzeptes
- I.3 – Bezeichnung/Festlegung des Gebietes „ Soziale Stadt Wormser Süden“

Kapitel II – Beteiligte Akteure, Organisationsstruktur

II. 1 – Projektbeteiligte/Akteure

- II. 1.1 – im lokalen Bereich
 - II. 1.1.1 – Bevölkerung/örtliche Institutionen
 - II. 1.1.2 – Projektkoordination/Gesamtsteuerung Stadtteilgebiet
 - II. 1.1.3 – Bereichsübergreifende Projektkoordination /Stadt
 - II. 1.1.4 – Stadtvorstand/städtische Gremien
 - II. 1.1.5 - Quartiermanagement
- II. 1.2 – im überregionalen Bereich
 - II. 1.2.1 – Zuschussgeber

II.2 – Organisationsstruktur

Kapitel III – Rahmenplanung für das Projektgebiet

III. 1 – Ausgangssituation

- III. 1. 1 – Sozialstruktur –
- III. 1. 2 – Ausgangssituation in städtebaulicher Hinsicht
- III. 1. 3 – Ausgangssituation in Hinblick auf die Stadtentwicklung

III. 2 – Rahmenplanung grundsätzlich

- III. 2. 1 – in Hinblick auf die soziale Belastung und Gefährdung
- III. 2. 2 – in Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung
- III. 2. 3 – in Hinblick auf die gesamte Stadtentwicklung

Kapitel IV – Maßnahmen im einzelnen

IV. 1 – Baustein 1 – Bürgermitwirkung, Stadtteileben

IV. 2 – Baustein 2 – Lokale Wirtschaft und Beschäftigung

IV. 3 – Baustein 3 – Quartierzentrum

IV. 4 – Baustein 4 – Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene
Infrastruktur

IV. 5 – Baustein 5 – Wohnen

IV. 5 – Baustein 6 – Wohnumfeld und Ökologie

Kapitel V – Zeitplan

Kapitel VI – Kosten- und Finanzierungsübersicht

Kapitel VII – Aussicht für weitere Entwicklung

Kapitel VIII – Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel IX - Verfahren

Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt Wormser Süden

Kapitel I – Einführung

I.1 Historie des Projektes „Soziale Stadt Wormser Süden“

Mit Antrag vom 04.06.2003 bewarb sich die Stadt Worms für das Gebiet um die Boosstraße in Worms Süd um die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt. In einer Kurzbeschreibung wurde die geplante Maßnahme wie folgt dargestellt:

- Entwicklung des Gebietes „Wormser Süden“
- Verbesserung der Wohnsituation und des Wohnumfeldes
- Einrichtung eines Stadtteilbüros und einer Begegnungsstätte
- Maßnahmen der Beschäftigungsförderung
- Verbesserung der Infrastruktur und Verkehrssituation
- Einrichtung von Beratungsangeboten und Quartiersmanagement

Welches waren die Gründe der Kommune für eine Bewerbung?

Bereits im 1. Armutsbericht der Stadt Worms im Jahr 1998 wurde das Gebiet Worms Süd als einer der am meisten sozial belasteten und gefährdeten Bezirke eingestuft. Anhand von dreizehn Indikatoren, die neben der Einkommenssituation auch die Lebenslagen der Betroffenen betrachteten, wurden dort Armutskriterien festgestellt, die jeweils um mindestens 50 % über dem Wormser Durchschnitt lagen. Der Bezirk war gekennzeichnet durch eine hohe Arbeitslosenrate, eine besonders hohe Quote an Obdachloseinweisungen und an Sozialhilfeempfänger und –empfängerinnen. Daran hatte sich auch im Jahr 2003 nichts gravierend geändert, wie die nochmals aktuell ausgewerteten Zahlen bewiesen (näheres s. Punkt III.1.1 Ausgangssituation Sozialstruktur).

Hinzu kam, dass es sich auch bei dem Wohngebiet Boosstraße um ein Quartier handelte, bei dem in den vergangenen Jahren Entwicklungen eingeleitet und stabilisiert wurden, die aus heutiger Sicht aus einem veränderten sozialpolitischen Blickwinkel gesehen werden müssen. Ging es in der Vergangenheit darum, kurzfristig Wohnraum in einfacher Qualität zur Verfügung zu stellen, damit obdachlos gewordene Familien untergebracht werden konnten, ist heute generell ein Wandel eingetreten, der auf Wohngebiete mit stabilen Strukturen setzt. Neben anderen Wohngebieten wurde auch das Wohnviertel Boosstraße dazu genutzt, um von Obdachlosigkeit betroffenen Familien und Personen kurzfristig Wohnraum zu bieten und sie später - nach erfolgter Stabilisierung – in andere Wohnungen, in der Regel auch in anderen Wohngebieten umzusetzen. Dieses Vorgehen hatte eine ständige Fluktuation zur Folge, so dass es kaum zu einer echten Identifikation mit dem Wohnumfeld kommen konnte und die momentane Wohn- und Lebensqualität für die betroffenen Familien und Personen nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Unter diesen Umständen gab es für die meisten Familien keine Chance für eine soziale und gesellschaftliche Integration.

Unter Berücksichtigung der in den vergangenen Jahren gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse wurde mit dem Antrag auf Förderung im Rahmen des Programms Soziale Stadt insbesondere auch das Ziel verfolgt, diesen zu einer stetigen Abwertung des Wohngebietes führenden Kreislauf zu durchbrechen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer echten Identifikation der Bewohnerschaft mit ihrem Wohngebiet führen sollen. Hierzu besteht die Auffassung der Kommune, dass sowohl die Qualität der Wohnungen als auch des Wohnumfeldes verbessert und ein Quartierszentrum geschaffen werden muss. Darüber hinaus muss eine echte Chance für die Beendigung von Obdachloseneinweisungen und die Überführung in Mietverhältnisse herbeigeführt werden .

In der ersten Planungsphase im Frühjahr 2003 zielten die Überlegung der Stadtverwaltung noch dahingehend, zwei Teilgebiete – nämlich Boosstraße/Schildstraße als auch Gernotstraße/Gibichstraße, welche beide durch ähnlich problematische Strukturen geprägt sind – auszuweisen. Nach Beratungen mit dem Innenministerium entschied man sich jedoch bewusst für den Weg, zunächst nur für ein kleineres Teilgebiet um die Boosstraße die Förderung zu beantragen, um Erfahrungen zu sammeln und insbesondere aus den Bedürfnissen der Bewohnerschaft heraus die notwendigen Maßnahmen zu entwickeln.

Gleich zu Beginn entschloss sich die Stadt zur Kooperation mit dem Diakonischen Werk, welches mit dem Betrieb einer Spiel- und Lernstube im Projektgebiet sowie der Etablierung eines Runden Tisches (Arbeitskreis Wohnumfeldverbesserung mit allen im Stadtteil engagierten Institutionen) bereits eine gute Basis für eine Kooperation aller Akteure in Hinblick auf die geplanten Prozesse entwickelt hatte. Darüber hinaus stand von Anfang an die städtische Wohnungsbau GmbH als weiterer wichtiger Kooperationspartner zur Verfügung – sie erwarb im Eingangsbereich der Boosstraße die drei stark sanierungsbedürftigen 3-4-geschossigen Mehrfamilienhäuser, die 71 Haushalten Unterkunft gaben.

Mit Bescheid vom 15.12.2003 bewilligte das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz Zuwendungen aus dem Programm Soziale Stadt für den Wormser Süden zur Gebietsentwicklung und zum Abbau sozialer Problembereiche.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Stand: November 2005) sind eine Reihe von Maßnahmen bereits erfolgreich angelaufen und weitere Planungen können vorgenommen werden.

I.2 – Aufgabe des Integrierten Handlungskonzeptes

Die Entwicklung und Dokumentation eines Integrierten Handlungskonzeptes zu einem Zeitpunkt (Stand: November 2005) , zu dem bereits erste Maßnahmen im Rahmen des Projektes Soziale Stadt Wormser Süden umgesetzt und weitere Vorhaben geplant sind, stellt einen wichtigen Schritt im Rahmen der weiteren strategischen Ausrichtung dar. Das aktuelle integrierte Konzept gibt konzentriert die im Sinne einer ganzheitlichen Aufwertungsstrategie begonnenen und geplanten Maßnahmen unter sozialen, städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten wieder und hat insbesondere folgende Funktionen:

Das Integrierte Handlungskonzept

- stellt einen Rahmenplan für alle Maßnahmen und Aktionen im Zusammenhang mit dem Projekt Soziale Stadt Wormser Süden in allen relevanten Handlungsfeldern dar
- enthält einen aktualisierten Zeitplan für die geplanten Maßnahmen und Aktivitäten
- benennt alle Akteure und Ansprechpartner
- spiegelt die festgelegten Organisationsstrukturen mit dem Ziel des Zusammenwirkens aller Beteiligten wider
- nimmt die aktuelle Kosten- und Finanzierungsübersicht auf
- enthält Angaben zur Weiterentwicklung des Gebietes
- dient als Orientierungshilfe hinsichtlich der Ziele sowie des jeweiligen aktuellen Planungs- und Umsetzungsstandes des Projektes
- ist entsprechend der Maßnahme-, Zeit- und Finanzierungsplanung kontinuierlich fortzuschreiben
- entsteht durch das Zusammenwirken der verschiedenen Beteiligten
- ist abzustimmen mit dem Zuschussgeber
- unterliegt der Beschlussfassung der politischen Gremien

I.3 – Bezeichnung/Festlegung des Gebietes „Soziale Stadt Wormser Süden“

Mit den Beschlüssen des Sozialausschusses vom 08.11.04 sowie des Stadtrates vom 24.11.04 wurde – nachdem eine entsprechende Konzeption und Maßnahmenplanung mit den beteiligten Akteuren im Planungsgebiet sowie den Zuwendungsgebern bereits abgestimmt war – das Gebiet „Soziale Stadt Wormser Süden“ gem. § 171 e Abs. 3 BauGB entsprechend dem nachfolgenden Plan auch formal ausgewiesen.



Kartenauszug Boosstraße.pdf



"Kartenplan
Boosstraße mit Marki

Kapitel II – Beteiligte Akteure, Organisationsstruktur

II. 1 – Projektbeteiligte/Akteure

II. 1.1 – im lokalen Bereich

II. 1.1.1 – Bevölkerung/örtliche Institutionen

Soziale Stadt(teil)entwicklung erfordert die Einbeziehung aller relevanten Akteure. Auf der lokalen Ebene muss der Entwicklungsprozess in Worms an den Akteuren anknüpfen, die bereits „vor der Sozialen Stadt“ hier aktiv waren, und er muss neue aktivieren und einbeziehen.

Bevölkerung (vgl. auch IV.1 Bewohnerbeteiligung)

Es gab im Wohngebiet schon immer Bewohner/innen, die sich an den verschiedensten Aktivitäten, die meistens von der Spiel- und Lernstube ausgingen, beteiligt haben (u.a. Müllsammelaktionen, Forderung nach einer Verkehrsampel, Frauengruppe, Sommerfeste). An deren Erfahrungen knüpft die Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Sozialen Stadt an und motiviert neue Interessierte mitzumachen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der ehemals „Aktiven“ verstorben sind bzw. mittlerweile nicht mehr im Wohngebiet wohnen, sich die Struktur verändert hat und mit der Wohnungsmodernisierung weiter verändern wird. Zur Zeit sind erwachsene Bewohner/innen, Kinder und Jugendliche in unterschiedlicher Weise an der Planung und Umsetzung aller Maßnahmen beteiligt. Ziel ist es, dass die Bevölkerung, zunächst im Wohngebiet, später auch Anwohner in den angrenzenden Wohnbereichen (u.a. Schildstraße) des Wormser Südens von Beteiligten zu immer mehr eigenständigen lokalen Akteuren werden.

Örtliche Institutionen

Schon ca. 20 Jahre arbeitet das Diakonische Werk mit seiner Spiel- und Lernstube hier gemeinwesenbezogen mit Kindern, Jugendlichen und deren Eltern. Eng verbunden mit dieser Einrichtung ist die Ev. Matthäusgemeinde, zu deren Gemeindebezirk das Wohngebiet gehört und deren Pfarrer hier zeitweise in der Hausaufgabenhilfe mitgearbeitet hat. Auch die Ev. Magnusgemeinde hat mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit Bezüge zum Wohngebiet. Beteiligte Akteure sind darüber hinaus als Vermieterin und Modernisierungsträger die Wohnungsbau GmbH, der Arbeitsförderbetrieb und die tangierten Bereiche der Stadtverwaltung (Soziales, Jugend und Wohnen; Bereich Bauen/Stadtplanung; Büro für Stadtentwicklung/Sozialplanung). Ziel ist, dass auch die lokale Wirtschaft im Wormser Süden in das örtliche Netzwerk eingebunden wird.

II.1.1.2 Projektkoordination/Gesamtsteuerung Stadtteilgebiet

Der Beschlussfassung des Stadtrats für die Teilnahme an der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – gingen umfangreiche Beratungen u.a. in einem breit angelegten Arbeitskreis „Wohnumfeldverbesserung“ und später Arbeitskreis „Soziale Stadt Wormser Süden“ voraus. An ihm waren v.a. beteiligt: das Diakonische Werk Worms-Alzey als langjähriger Träger der Spiel- und Lernstube im Quartier Boosstraße/Horchheimerstraße, die Sozialverwaltung der Stadt Worms (Sozialamt – heute: Bereich Soziales, Jugend und Wohnen, Sozialplanung, Arbeitsförderbetrieb), die

Wohnungsbau GmbH Worms, das Arbeitsamt (heute: Agentur für Arbeit), die ev. Matthäus- und Magnusgemeinde sowie eine Vertreterin aus dem Stadtrat.

Die Umsetzung des Programms erforderte eine Umstrukturierung und Straffung dieses Gremiums. Nach entsprechenden Beratungen der Arbeitsstruktur (vgl. II.2) im Jahr 2004 wurde die „Projektkoordination“ als institutionenübergreifendes Gremium zur stadtteilbezogenen Planungsumsetzung und - Weiterentwicklung eingerichtet. Dieses Gremium besteht aus: Leiterin des städt. Bereichs 5 (Soziales, Wohnen und Jugend), städt. Koordinator Soziale Stadt (ebenfalls Bereich 5), Vertreter des Bereichs Bauen, Vertreter der Sozialplanung (jetzt im Bereich Stadtentwicklung), Geschäftsführer der Wohnungsbau GmbH Worms. Der Leiter des Diakonischen Werks Worms-Alzey als Träger des Stadtteilbüros nimmt die Leitung und der Quartiermanager die Geschäftsführung wahr. Die Projektkoordination trifft sich etwa jeden 2. Monat, berät den Stand der Projektentwicklung und trifft in Abstimmung mit der gesamtstädtischen Projektsteuerung notwendige Entscheidungen zum Fortgang des Projektes. Die Projektkoordination nimmt gleichzeitig die Funktion der LOS-Lenkungsgruppe wahr.

II. 1.1.3 – Bereichsübergreifende Projektkoordination /Stadt

Zur Gesamtsteuerung des Projektes unter Beachtung der wichtigen Teilaspekte in den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung, Soziales und Wohnen sowie der finanziellen Rahmenbedingungen wurde unter Leitung des federführenden Bereichs 5 innerhalb der Stadtverwaltung eine bereichsübergreifende Projektgruppe gebildet. Diese besteht aus Vertreter/innen des Bereiches 5 – Soziales, Jugend und Wohnen, des Bereiches 6 – Planen und Bauen, des Bereiches 2 – Finanzen, des Büros 7 – Stadtentwicklung sowie der städtischen Tochtergesellschaft Wohnungsbau GmbH. Die innerstädtische Projektkoordination ist mit den Leitungskräften aus den jeweiligen Bereichen besetzt und hat die zentrale Aufgabe, die grundsätzlichen Planungen unter Beachtung der Notwendigkeiten aus stadtplanerischer und stadtentwicklungspolitischer Sicht sowie der sozialen Gegebenheiten zu erarbeiten, die finanziellen Rahmenplanungen vorzunehmen und die einzelnen Maßnahmen – vor allem auch unter Klärung der internen Zuständigkeiten - zu koordinieren. Hierbei fließen insbesondere die Bedarfe und Wünsche der an den Planungsprozessen im Stadtteilgebiet beteiligten Bewohner/innen, die in der stadtteilbezogenen Projektkoordination eingebracht werden, mit ein.

Die bereichsübergreifende Projektkoordination tagt je nach Bedarf und Planungsstand mehrmals jährlich, die Geschäftsführung wird von dem federführenden Bereich 5 wahrgenommen.

II. 1.1.4 – Stadtvorstand/städtische Gremien

Neben dem Stadtvorstand sind folgende städtische Gremien als vorbereitende Ausschüsse mit der Thematik „Soziale Stadt“ befasst:

Bauausschuss
Sozialausschuss
Haupt- und Finanzausschuss.

Die Grundsatzentscheidung bezüglich der weiteren Vorgehensweise sowie die Rahmenplanung wird durch den Stadtrat getroffen. Sowohl die vorbereitenden Ausschüsse als auch der Stadtrat werden entsprechend dem Projektverlauf und dem jeweiligen Zwischenstand regelmäßig unterrichtet.

II. 1.1.5 – Quartiermanagement

Quartiermanagement und Quartiermanager sind nicht die Bezeichnung für ein und dasselbe. Der Quartiermanager ist ein Teil des Quartiermanagements. In Worms stellt sich das Quartiermanagement als „Tandem“ dar (vgl. Schubert/Spieckermann, Standards des Quartiermanagements, S. 29). Während der Quartiermanager, angestellt beim Diakonischen Werk, als „Gemeinwesenbeauftragter“ fungiert, nimmt der bauleitende Architekt der Wohnungsbau GmbH Worms, die Funktion des „Planungsbeauftragten“ in enger Abstimmung mit dem Bauamt wahr. Beide arbeiten auf gleicher Augenhöhe „vor Ort“ sehr eng zusammen. Während der Architekt vor allem die Planungs- und Baukompetenz einbringt, kümmert sich der „Gemeinwesenbeauftragte“ v.a. um Aktivierung, Beteiligung, Vernetzung. Der „Quartiermanager/Gemeinwesenbeauftragter“ hat sein ständiges Büro im „Stadtteilbüro Wormser Süden“, der Planungsbeauftragte hat seinen Sitz in den Räumen der Wohnungsbau GmbH, unterhält jedoch im Stadtteilbüro ein kleines Baubüro. Beide treffen sich regelmäßig und bei Bedarf zu Absprachen.

Der Planungsbeauftragte nimmt bei Bedarf an Bewohnertreffen, Bewohner-Arbeitsgruppen und Aktionen teil, die verantwortlich vom Quartiermanager organisiert und begleitet werden.

II. 1.2 – im überregionalen Bereich

II. 1.2.1 – Zuschussgeber

Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ ist in Rheinland-Pfalz beim Innenministerium angesiedelt. Anträge sind über die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier zu stellen. Hier werden auch die Kosten- und Finanzierungsübersichten einer ersten Prüfung unterzogen und mit einer Stellungnahme an das Innenministerium weitergeleitet.

II.2 – Organisationsstruktur



"Schaubild
Organisationsstruktur

Mögliche Perspektive der Organisationsstruktur

Die derzeitige Organisationsstruktur baut auf den vorhandenen Strukturen auf. Sie ist je nach Entwicklung des Projektes weiterzuentwickeln. So soll der LOS-Begleitausschuss zukünftig das Kooperationsnetzwerk im Wormser Süden abbilden. („Stadtteilnetz“). Darüber hinaus ist im weiteren Prozess zu prüfen, inwieweit im Sinne der Nachhaltigkeit die vorhandenen Strukturen in einem Stadtteilbeirat unter Einbeziehung der Politik und der Bewohner/innen für den Wormser Süden münden sollen.

Kapitel III – Rahmenplanung für das Projektgebiet

III. 1 – Ausgangssituation

III. 1. 1 – Sozialstruktur –

Ausgangslage

„Worms Süd“ wurde schon im 1. Armutsbericht der Stadt Worms als einer der am meisten belasteten und gefährdeten Bezirke eingestuft. Anhand von 13 Indikatoren, die neben der Einkommenssituation auch die Lebenslagen der Betroffenen betrachteten, wurden dort Armutskriterien festgestellt, die jeweils mindestens 50% über dem Wormser Durchschnitt lagen. Das Gebiet liegt in einem Bezirk mit hoher Arbeitslosenrate, besonders hohen Quoten an Obdachloseneinweisungen und SozialhilfeempfängerInnen. Hieran hat sich nichts geändert, wie die heutigen Zahlen bestätigen.

Einige Daten zum Bezirk

In dem Gebiet leben 357 EinwohnerInnen, gleich viele Frauen und Männer, also etwas weniger Frauen als im Wormser Durchschnitt. Ein Fünftel dieser EinwohnerInnen ist unter 18 Jahren, somit liegt der Kinderanteil höher als im Wormser Durchschnitt. Der Anteil der Senioren ist mit 14,0% fast so hoch wie im Stadtgebiet (Worms 18,1%). Der Ausländeranteil ist fast doppelt so hoch.

Der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen liegt hier mit 21% fast 6 mal höher als im Wormser Durchschnitt. Dieser Anteil ist seit Jahren gleichbleibend, eher mit leicht steigender Tendenz. Besonders gravierend ist hier der Kinderanteil, fast die Hälfte aller SozialhilfeempfängerInnen sind unter 18 Jahren. Mehr als die Hälfte dieser Kinder lebt in unvollständigen Familien. Im Durchschnitt bekommen in Worms 6,7% der Ausländer Sozialhilfe, in „Worms Süd“ ist der Anteil doppelt so hoch.

Obdachlos eingewiesen sind 17,6% der EinwohnerInnen, das entspricht fast dem Zweieinhalbfachen des Wormser Durchschnitts.

Einwohnerstruktur / Gesamtzahlen:

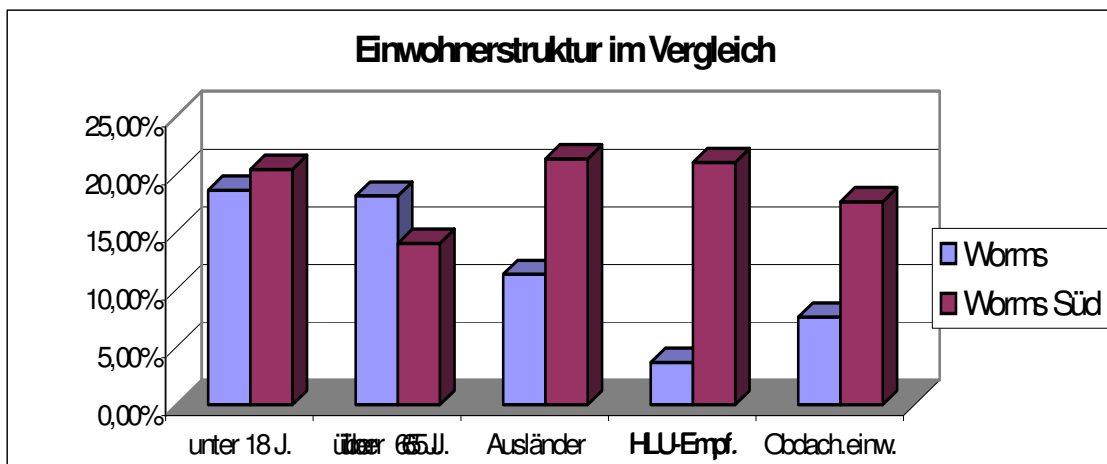
	Einwohner gesamt		Davon Ausländer		HLU- BezieherInnen		Davon Ausländer	Obdachlos eingewiesen
	M	W	M	W	M	W		
0-2 Jahre	3	11	1	2	2	2	0	
3-5 Jahre	2	4	0	1	0	2	0	
6-13 Jahre	22	13	5	4	6	12	2	
14-17 Jahre	13	5	3	2	2	8	2	
18-26 Jahre	20	32	8	8	2	2	0	
27-39 Jahre	30	32	7	11	6	3	2	
40-64 Jahre	65	55	11	8	13	11	4	
65 und älter	23	27	3	2	2	2	0	
gesamt	178	179	38	38	33	42	10	63

Stand 31.12.2003, Quelle: Amt für Statistik, Bereich 5 Abteilung 1+8 und eigene Berechnungen

Einwohnermerkmale im prozentualen Vergleich:

	Worms	„Worms Süd“	Differenz zu Worms
GesamteinwohnerInnen	80 921	357	
Anteil unter 18 Jahren	18,6%	20,4%	+ 1,8%
Anteil über 65 Jahren	18,1%	14,0%	- 4,1%
Anteil AusländerInnen	11,3%	21,3%	+ 10%
Anteil HLU EmpfängerInnen	3,7%	21%	+ 17,3%
Anteil Obdachloseneinweisungen	7,6%	17,6%	+ 10%

Stand 31.12.2003, Quelle: Amt für Statistik, Bereich 5 Abteilung 1+8 und eigene Berechnungen



III. 1. 2 – Ausgangssituation in städtebaulicher Hinsicht

Ausgangssituation in städtebaulicher Hinsicht (Historie)

Vermutlich in der Wiederaufbauphase nach der Zerstörung der Innenstadt während des Zweiten Weltkrieges entstanden in dem jetzigen Projektgebiet einfachste Flachbauten (archivierte Unterlagen nicht mehr vorhanden). Die Wohnbebauung setzte sich dann in den 60er Jahren mit dem Bau von drei großen Wohnblocks fort, die sich wie folgt charakterisieren lassen:

Ausstattung:

Geringe Wohnfläche

Kinderzimmer <10 m² für mehr als ein Kind

Mini-Bad

Mini-Küche

Ein Ofen in der Mitte für die Beheizung der gesamten Wohnung, für alle Bewohner

Gebäude:

Einfachste Bauweise mit einem Treppenhaus und Laubengangerschließung für bis zu 7 Wohneinheiten.

Weitere Wohnbebauung Boosstraße:

Im Rahmen der weiteren Wohnbebauung der Boosstraße entstanden in den Jahren 1985 bis 1992 anstelle der alten Flachbauten Reihenhäuser für Großfamilien (7 bis 14 Personen), ausgestattet mit einer Dusche und 1, teils auch 2 WC. Im Wohngebiet waren darüber hinaus 6 Kleinstwohnungen als Obdachlosenunterkünfte errichtet worden.

Aus städtebaulicher Sicht zeigten sich folgende Besonderheiten:

Durch Verwahrlosung war keine städtebauliche Integration möglich, es liegt keine sichere Verkehrsführung im Eingangsbereich in die Weinsheimer Straße vor. (Gefährliche Straßenüberquerung - Hauptstraße mit starkem Durchgangsverkehr). Aus wohnungswirtschaftlicher Sicht war ein hoher Instandhaltungs- und Verwaltungsaufwand zu beobachten, mutwillige Zerstörungen (Briefkästen wurden ca. wöchentlich demoliert) Schimmelbildung (falsche Beheizung, falsche Lüftung) und Bewohnerstreitigkeiten führten zu einer ineffizienten Verwaltung. Das stigmatisierte Gebiet wurde unterstrichen durch eine Straße mit einfachstem Belag und größtenteils unbefestigten Parkplätzen.

III. 1. 3 – Ausgangssituation in Hinblick auf die Stadtentwicklung

In der Zeit der Entstehung dieses Wohngebietes war die Nachfrage nach Wohnraum noch sehr groß. Dies bedeutete im Einzelnen, dass schnell und viel gebaut wurde. Haushalte mit dem entsprechenden Einkommen errichteten auf großzügigen Grundstücken ihre freistehenden und gut ausgestatteten Einfamilienhäuser in guter Wohnlage. Der Bedarf an Wohnraum bestand aber auch für jene Bevölkerungsschichten, die finanziell nicht so gut gestellt waren. In der Folge wurden die erforderlichen Angebote überwiegend durch die öffentliche Hand geschaffen. Praktisch hieß dies, dass in Ortsrandlagen oder auf weniger attraktiven

Flächen Geschosswohnungsbau in einfachster Bauweise hergestellt wurde, so geschehen im Projektgebiet. Verschärft wird diese Situation noch dadurch, dass sich dieses Wohngebiet in einer Insellage befindet. Es wird eingerahmt von Gewerbeflächen, einer Gleisanlage und einer Hauptverkehrsstrasse.

Von Beginn an kam es dort zu einer Konzentration von Bevölkerungsteilen, die sich einen höheren Standard nicht erlauben konnten.

Im Laufe der Zeit erwarb sich das Areal dadurch innerhalb der Stadt den Ruf eines Viertels für Menschen, deren Einkommen sich am Rande des Existenzminimums bewegen. Es kam zu einer Ghettoisierung und somit zu einer Fehlentwicklung, die so nicht im Interesse einer sinnvollen Stadtentwicklung gewesen sein kann und auch nicht ist.

III. 2 – Rahmenplanung grundsätzlich

III. 2. 1 – in Hinblick auf die soziale Belastung und Gefährdung

- **Gestaltung von Mitbestimmungsgremien**
Bürgermitwirkung/Beteiligung durch die Aktivierung örtlicher und nachbarschaftlicher Potentiale und finden von Motivationsmöglichkeiten. Initiierung von Bürgergremien auch als festes Mitbestimmungsorgan im Viertel. Vernetzung dieser Gremien mit städtischen Organisationen. Dies wird durch ein Stadtteilbüro bzw. Stadtteilmanagement erreicht.
- **Gestaltung sozialer Lebenslagen**
Verbesserung der sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastruktur durch Bürgertreffpunkt, stadtteilbezogene Bildungs-, Sport- und Kulturangebote, besonders für Frauen, Kinder und Jugendliche. Unterstützung der Familien bei der Erziehung und Ausbau und Erhalt von vorhandenen Angeboten. Ausbau von berufsintegrativen Maßnahmen vor Ort.
- **Integration von ausländischen Mitbürger(innen)**
Sprach- und andere Kurse und Informationsangebote, Schaffung von Treffpunktmöglichkeiten sowohl mono- als auch interkultureller Art.

III. 2. 2 – in Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung

Rahmenplanung für das Projektgebiet im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung Gebäudesanierung siehe IV. 5 Baustein 5 – Wohnen

Wohnumfeldverbesserung:

Neuordnung der Spielbereiche unter Einbeziehung der öffentlichen Flächen und umgekehrt zur Verfügung gestellter privater Flächen für öffentliche Nutzung (Bolzplatz)

siehe auch IV. 6 Baustein 6.

Städtebauliche Erfassung:

Im vorgelegten Plan des Bereichs 6 (städtebauliche Rahmenplanung) ist das Gebiet Boosstraße im Zusammenhang mit den weiteren Planungen im Süden der Stadt Worms zu sehen .



Soziale Stadt_hf.pdf

Planungen einer verkehrsberuhigten Anwohnerstraße mit dem Ziel:

Spielstraße mit geordneter Parkierung

Ausbau der Radwegeverbindung, Ordnung des Radweges

Überprüfung der Buslinien und gleichzeitig Umlegung der Haltestelle sowie als Folge die Schaffung von Überwegen, alles zur besseren Anbindung des Wohngebiets an Innenstadt und Schule.

Anbindung an den geplanten S-Bahnhaltepunkt „Worms-Süd“

Verbesserung des gesamten Verkehrskonzepts, mittelfristig Entlastung durch die Umgehungsstraße (Verbindung BAB A 61 mit vierspuriger Rheinbrücke).

III. 2. 3 – in Hinblick auf die gesamte Stadtentwicklung

Eine Stadt lebt von dem Miteinander, d.h. von den Kontakten ihrer Einwohner untereinander, ihrem Austausch, ihren Verflechtungen und ihren Beziehungen zueinander. Für das Projektgebiet fand aus den bereits genannten Gründen eine Ausgrenzung statt, der es gilt entgegen zu wirken bzw. sie zu beseitigen.

Es ist daher aus Sicht der Stadtentwicklung oberstes Ziel, dieses Wohngebiet wieder an sein Umfeld anzubinden, es nach Außen zu öffnen und es wieder am urbanen Leben in der Stadt teilhaben zu lassen.

Dazu bedarf es vor allen Dingen einer Steigerung der Attraktivität des Quartiers. Ein Wohnumfeld, das von seinen Bewohnern und der Umgebung als attraktiv empfunden wird, wird automatisch auch auf Außenstehende anziehend wirken. Das Gebiet wird für einen größeren Personenkreis interessant, es kommt zu Zuzügen, einer Veränderung der Struktur der Bewohner und somit zu einer Mischung unterschiedlichster Bevölkerungsschichten mit allen ihren Bindungen und Beziehungen. Es findet Austausch und Kommunikation statt.

Auf Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang zu Verbesserungen führen, wird im Kontext bereits eingegangen und es soll hier nur noch einmal unterstrichen werden, dass am Anfang die Anhebung der Aufenthaltsqualität durch bauliche Veränderungen und Verbesserungen im

Wohngebiet selbst stehen muss. Eine Veränderung des unmittelbaren Umfeldes, d.h. der Gewerbeflächen ist nur langfristig beziehungsweise überhaupt nicht möglich.

Kapitel IV – Maßnahmen im einzelnen

IV. Ziele und Maßnahmen im einzelnen

Die Ziele und Maßnahmen für den Wormser Süden sind jeweils bezogen auf die Bausteine des bundesweit verbindlichen Leitfadens der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. Sie bauen auf dem vom Arbeitskreis Wohnumfeldverbesserung entwickelten Konzept auf. Es werden sowohl Maßnahmen beschrieben, die bereits durchgeführt wurden als auch solche, die noch geplant und umgesetzt werden sollen. Da es sich um eine „integratives“ Konzept handelt, werden die Bausteine aus Gründen der Klarheit zwar nebeneinander beschrieben, aber integrativ umgesetzt.

IV.1 – Baustein 1 – Bürgermitwirkung, Stadtteileben

Die zentralen Ziele dieses Bausteins sind:

- Förderung und Stärkung der Eigenverantwortung der Bewohner
- Bewohner/innen sollen aus einer eher beobachtenden, teilweise auch passiven Rolle zu Beteiligten und letztendlich zu Akteuren in ihrem Wohngebiet/Stadtteil werden
- Entwicklung von Bürgerbewusstsein (Identifikation) für das Wohngebiet
- Verbesserung der sozialen Beziehungen und der Kommunikation zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bewohner/innen
- Verbesserung der Angebote für die benachteiligten Jugendlichen
- Aufbau von Kultur- und Bildungsangeboten

Bereits erfolgte Maßnahmen:

- Im Mai 2004 hat das Diakonische Werk Worms-Alzey den *Quartiermanager* (Sozialarbeiter, grad.) eingestellt. Seine erste Aufgabe war die Einrichtung und Eröffnung des *Stadtteilbüros* in einem Reihnhaus in der Boosstraße 16. Das Stadtteilbüro nahm im Juli 2004 seine Arbeit auf. Seine offizielle Eröffnung fand im September 2004 statt.
- Integriert in das Stadtteilbüro ist ein Angebot zur *Sozialberatung* durch eine Diplomsozialarbeiterin des Diakonischen Werkes. Die Sozialberatung hat eine wichtige Funktion im Gesamtkontext der Quartiersentwicklung und Bewohnerbeteiligung. Die Bearbeitung und Lösung von existenziellen Problemen (z.B. bei Arbeitslosigkeit, Schulden) und bei persönlichen und familiären Konflikten ist häufig erst die Grundbedingung für die Bereitschaft zur Beteiligung an Fragen der Wohngebietsentwicklung. Der Quartiermanager und sie bilden das Team des Stadtteilbüros. Das Stadtteilbüro entwickelte sich in kurzer Zeit zur einer niedrigschwelligen Anlaufstelle für Bewohner/innen in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Zu festgelegten Zeiten („Offene Tür/Sozialberatung“) sind hier der Quartiermanager sowie die Sozialarbeiterin ansprechbar.

- Im Stadtteilbüro finden regelmäßige „**Bewohnertreffen**“ (etwa 1 x/Monat) statt. Sie dienen dem Austausch unter Bewohnern der verschiedenen Wohnbereiche (Wohnblocks, Reihenhäuser und Obdachlosenunterkünfte). Vereinzelt nehmen auch Bewohner/innen aus den naheliegenden Wohnblocks (überwiegend Obdachlosenunterkünfte) in der Schildstraße teil. Außerdem finden hier Sitzungen von **Bewohnerarbeitsgruppen** statt.

Aus den Bedarfen im Wohngebiet haben sich seither **2 Arbeitsgruppen** gebildet:

1. Verbesserung der **Situation von Kindern und Jugendlichen** (Spielraumplanung: Bolzplatz/Spielplatz)
2. Verbesserung der **Verkehrssituation** im Umfeld des Wohngebietes.

Diese treffen sich bei Bedarf. Weitere Arbeitsgruppen werden anlassbezogen eingerichtet (z.B. Festausschuss zur Vorbereitung des Sommerfestes).

- Im Stadtteilbüro finden darüber hinaus **Informationsveranstaltungen** zu aktuellen Themen statt, u.a. zur Vorbereitung der Umzüge in die modernisierten Wohnungen, zu „Ausbildungsplatzsuche und Bewerbung“ (in Kooperation mit der Spiel- und Lernstube des Diakonischen Werkes und dem „Job-Cafe“ des Caritasverbandes).
- Mit der Initiierung von **LOS-Projekten** (Lokales Kapital für Soziale Zwecke) hat sich das Stadtteilbüro zu einem kleinen Bildungszentrum entwickelt. Hier finden diverse Kurse statt, die der Verbesserung der Zugangschancen zum Arbeitsmarkt dienen sollen (vgl. Baustein 2). Für Computerkurse steht dank einer PC-Spende ein voll funktionsfähiger Computerraum mit Internetzugang zur Verfügung, der auch individuell während der Öffnungszeiten des Stadtteilbüros u.a. zum Schreiben von Bewerbungen genutzt werden kann.
- Das Stadtteilbüro wird auch zur Durchführung **kleiner Veranstaltungen** genutzt: z.B. Treffen unterm Weihnachtsbaum, Neujahrstreffen. Diese Veranstaltungen dienen der Kommunikation zwischen verschiedenen Bewohnergruppen.

Alle seitherigen Aktivitäten bzgl. Beteiligung hatten vor allem das Ziel an den konkret anstehenden Planungen, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu vermitteln, dass es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten gibt, dass ihre Anliegen und Anregungen ernst genommen werden und dass sie vor allem tatsächlich gefragt sind. Es sollte deutlich werden, dass mit der „Sozialen Stadt“ im Wormser Süden eine **neue Entwicklungsphase** begonnen hat, die Chancen für alle beinhaltet. Es galt (und gilt weiterhin) gegen ein großes Misstrauen der Bewohner/innen gegen Institutionen anzukämpfen und über konkrete Beispiele positive Erfahrungen zu machen. Die oben beschriebenen Ansätze trugen zu einer positiven Stimmungswende bei und stellen gute Voraussetzungen für die Weiterarbeit in diesem Sinne dar.

Alle seitherigen Ansätze waren erste Schritte auf dem Weg hin zu „**selbsttragenden Bewohnerstrukturen**“, wie als Ziel im Rahmen der Sozialen Stadt formuliert ist. Die erfolgten Beteiligungsansätze sind allerdings noch weit entfernt von dem Ziel, dass Bewohner/innen zu eigenständigen Akteuren für ihre Anliegen werden. Seither folgten sie mal mehr mal weniger – je nach unmittelbarer Betroffenheit - den Einladungen des Stadtteilbüros, redeten bei Planungen mit, brachten eigene Vorschläge ein, kamen zu Begehungen etc..

Die erfolgten **Beteiligungsansätze** gilt es deshalb zukünftig **weiter zu entwickeln**. (s. hierzu Abschnitt Perspektiven).

Besondere Aspekte der Bürgerbeteiligung

Eine besondere Herausforderung stellt die *Einbeziehung der Sinti-Familien* in den Stadtteilentwicklungsprozess dar. Seither nehmen die Sinti-Familien die Sozialberatung in Anspruch. Sie erhalten auch alle Informationen des Stadtteilbüros und werden zu den Treffen und Arbeitsgruppen persönlich eingeladen. Dennoch ist ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozess noch nicht gelungen.

Beteiligung von Migranten/innen: Etwa $\frac{1}{4}$ der Bewohner/innen des Wohngebietes sind Menschen mit Migrationshintergrund (vor allem Pakistan, Türkei, Afrika). Deshalb wird ihre Beteiligung noch einmal besonders herausgestellt. Alle wurden von Beginn des Stadtteilentwicklungsprozesses in die vielfältigen Aktivitäten einbezogen. Eine wichtige Vermittlungsinstanz ist dabei die Spiel- und Lernstube, in der fast alle Kinder die Hausaufgabenhilfe besuchen und an Gruppenangeboten teilnehmen. Seitherige Ergebnisse sind:

- Migranten/innen nehmen an Bewohnertreffen teil und arbeiten in Arbeitsgruppen aktiv mit
- die LOS-Bildungskurse (Deutschkurse, PC-Kurse, Gesundheitskurs für Frauen) werden von Migranten/innen gut angenommen
- ein pakistanischer Anwohner ist in den Wormser Ausländerbeirat gewählt worden, auch motiviert durch das Stadtteilbüro
- die Sozialberatung wird von den Migranten/innen im Verhältnis ihres Anwohneranteils wahrgenommen
- Migranten/innen beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung von Festen und sonstigen Aktivitäten

Die vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten von Deutschen und Migranten/innen haben bereits zu mehr gegenseitigem Verstehen beigetragen. Ein Beispiel dafür ist, dass von einem deutschen Nachbarn bei einem Bewohnertreffen vorgeschlagen wurde, gemeinsam auch die traditionellen Feste der Migranten/innen zu feiern.

Perspektiven der Beteiligung

Die begonnenen Ansätze müssen weitergeführt und verstärkt werden.

- Nach dem Vorliegen verschiedener *Umsetzungsplanungen* für den Spielplatz werden die Kinder, Jugendlichen und Eltern an der Entscheidung über die Entwürfe beteiligt.
- Die anstehende Umsetzung von Planungen (Bolzplatz, Spielplatz, Wohnumfeld) bietet gute Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung in sog. „*Mitmachaktionen*“ in Kooperation mit dem Arbeitsförderbetrieb, der Wohnungsbau GmbH (LOS-Projekte!), zuständigen städtischen Dienststellen (u.a. Grünflächenamt) und der Spiel- und Lernstube. Damit wird die Akzeptanz der Maßnahmen erhöht und die Verantwortung für den Erhalt gestärkt. Es wird angestrebt, erwachsene bzw. jugendliche Bewohner/innen für *Patenschaften* zur Pflege und zum Erhalt der Wohnumfeldmaßnahmen zu gewinnen.

- Nachdem ein Teil der Wohnblocks mittlerweile modernisiert sind, steht die Planung der **Außenanlagen** an. Die vom Architekten der Wohnungsbau GmbH vorgelegten Pläne werden mit den Mietern beraten. Die Anregungen und Änderungswünsche der Mieter sollen nach technischer Machbarkeit in die Planung einfließen und die Ergebnisse mit den Mietern abgestimmt werden.
- In der gleichen Weise werden die Anwohner, je nach Betroffenheit, in alle weiteren Planungen einbezogen (**Straßengestaltung, Mauer zur Spiel- und Lernstube**).
- Nach intensiver Begleitung der Bewohner/innen bei den Wohnungs-Modernisierungsmaßnahmen in den Wohnblocks muss sich im Sinne eines Gesamtkonzeptes das Augenmerk zukünftig verstärkt auch auf die Reihenhäuser und die Obdachlosenunterkünfte (Horchheimer Straße 25 – 35) richten. Auch hierbei sind die Erfahrungen der Bewohner/innen soweit als möglich in die Planungen einzubeziehen und durch Mitmachaktionen mit einzubinden.
- Ein weiterer Ansatz der Beteiligung der Sinti-Familien bietet sich im Rahmen eines Lese- und Schreibkurses im Rahmen von LOS, an dem Sinti-Familienmitglieder Interesse geäußert haben. Ein solcher Kurs wird zur Zeit konzipiert.
- In Zusammenarbeit mit der Wohnungsbau GmbH Worms ist der Aufbau eines **Hausobleute-Systems** auch in der Boosstraße/Horchheimer Straße vorgesehen. Hausobleute kümmern sich - unterhalb der Ebene von Hausmeistern - um die täglichen kleinen Sorgen der Mieter sowie um die Ordnung und Sauberkeit in und um das Haus.
- Im Hinblick auf die enge Verflechtung der Wohngebiete Boosstraße/Horchheimer Straße mit der nahegelegenen Schildstraße ist eine verstärkte **Einbeziehung der Bewohner der Schildstraße** und die Aktivierung deren Selbsthilfekräfte anzugehen.
- Ziel der Beteiligungsprozesse im Rahmen der Sozialen Stadtentwicklung des Wormser Südens ist der Aufbau von nachhaltigen „**selbsttragenden Strukturen**“, die auch nach Auslaufen der „Sozialen-Stadt-Förderung“ weiter wirksam sind. Diese sind mit den Bewohnern/innen zu entwickeln. Beispiele dafür können sein: Bewohnervertretung, Bewohnerbeirat, Bewohnerinitiative/Nachbarschafts-Initiative/Verein. Als Zwischenschritt dahin ist die Mitarbeit von Bewohnervertretern/innen in der Projektkoordination zu prüfen.

Schaubild „Stadtteilbüro“

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

IV.2 – Baustein 2 – Lokale Wirtschaft und Beschäftigung

Das Wohngebiet Boosstraße/Horchheimer Straße ist in seiner derzeitigen Gebietsabgrenzung eine „Insel“ in einem Gewerbegebiet. Es ist „umringt“ von KFZ-Werkstätten und –Händlern,

Lagerhallen sowie der mittelständischen Firma RENOLIT. In fußläufiger Entfernung befindet sich die Großhandels-Firma „Cash und Carry“, in der auch Lebensmittel gekauft und jeglicher Haushaltsbedarf (meist in größeren Gebinden) von Privatleuten gedeckt werden können. Im Wohngebiet selbst verkauft eine Rentnerin (ehemaliger Getränkehandel) Getränke und Süßigkeiten in kleineren Mengen überwiegend für den unmittelbaren Bedarf.

Eine aktuelle Statistik über die Beschäftigungssituation im Fördergebiet besteht nicht. Auch fehlen Daten bzgl. Jugendberufsnot/Jugendarbeitslosigkeit. Es gibt weder stadtteilbezogene Auswertungen der Agentur für Arbeit noch der Wormser Arbeitsgemeinschaft „JA-Jobcenter für Arbeitsmarktintegration. Der hohe Anteil von Sozialhilfebeziehern/innen (Stand 31.12.03: 21% der Bewohner) lässt jedoch darauf schließen, dass ein erheblicher Anteil der erwerbsfähigen Bewohner/innen mittlerweile auch ALG-II-Leistungen bezieht, was sich auch durch die Beratungspraxis verifizieren lässt. Durch die intensive Arbeit der Spiel- und Lernstube des Diakonischen Werkes, zuletzt auch in Kooperation mit dem „Job-Cafe“ des Caritasverbandes Worms, ist es seither immer wieder gelungen, Jugendliche bei der Suche nach Praktikumsplätzen, Ausbildungs- und Arbeitsstellen erfolgreich zu unterstützen.

Auf diesem Hintergrund wurden folgende Ziele formuliert:

Ziele:

- Knüpfen von Kontakten zu angrenzenden Firmen bzgl. Praktika, Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Image-Verbesserung
- Durchführung eines „Hauswartprojektes“ zwecks Qualifizierung von Bewohnern als Hausobleute
- Kontaktaufnahme zu strategischen Partnern wie IHK, Handwerkskammer

Maßnahmen:

- Nach der erfolgreichen Beteiligung der Stadt Worms am Konzeptwettbewerb für das die Soziale Stadt flankierende Programm „*LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke*“ fanden seit Februar 2004 im Stadtteilbüro Wormser Süden regelmäßig LOS-Bildungs- und Qualifizierungskurse verschiedener Träger statt. Ihr Ziel war die Verbesserung der Chancen der Teilnehmer/innen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Der Frauengesundheitskurs und die Deutschkurse für ausländische Frauen waren in Trägerschaft des Diakonischen Werkes, Computerkurse für Erwachsene und Video-Kurs für Jugendliche in Trägerschaft des Caritasverbandes und das Frauenmedienprojekt mit Internet-Cafe in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt. Darüber hinaus bot der Arbeitsförderbetrieb in Kooperation mit der Wohnungsbau GmbH Qualifizierungskurse für Hausmeistertätigkeiten und Tätigkeiten im Garten- und Landschaftsbau an. Die Teilnehmer sollten konkret für den Einsatz bei Maßnahmen zum Bau des Bolzplatzes im Fördergebiet qualifiziert werden. Die Akquise gestaltete sich sehr schwierig. Insgesamt nahmen in der ersten Wormser Förderperiode bis zum 30.6.2005 wöchentlich ca. 40 Bewohner/innen des Wormser Südens an den Kursen teil. Seit 1.7.2005 läuft die 2. Wormser Förderperiode, in der die bestehenden Kurse modifiziert und z.T. mit neuen Teilnehmern/innen fortgeführt werden. Neu hinzugekommen ist ein Trommelkurs für Jugendliche. Weitere Kurse sind in Planung.
- Bereits mit dem laufenden Instandhaltungs- bzw. Reparaturprogramm der Wohnungsbau GmbH Worms trägt das städtische Wohnungsbauunternehmen erheblich zur Beschäftigungssicherung im regionalen Handwerk bei. Ziel der

wohnungswirtschaftlichen Investitionen ist es, längerfristige Werterhaltung und möglichst Wertsteigerung im Projektgebiet zu erreichen. Anstelle von Reparaturen- von Beseitigung von Vandalismusschäden- sollen nachhaltige Wertverbesserungen erreicht werden. Diese jetzt wieder zu findende und insgesamt über Jahre andauernde Investitionen in den Gebäudebestand haben selbstverständlich einen größeren Effekt auf den Arbeitsmarkt als Kleinreparaturen. Modernisierungsmaßnahmen im Bestand sind sehr personalintensiv, so daß von einem Material- zu Personalkostenverhältnis von 1:1 ausgegangen werden kann. Bei jährlichen Investitionen in Höhe von 1,0 Mio. Euro bedeutet dies, daß 500.000,- Euro für die Arbeitsplatzsicherung und Neuschaffung dieser Maßnahme resultieren. Gespräche mit den Handwerksbetrieben bestätigen dies. Eine mit drei Jahren mittelfristig angelegte Maßnahme hat – bei Ausschreibung aller Gewerke über die Gesamtdauer von drei Bauabschnitten – zur Folge, daß die beteiligten Handwerker auch eine mittelfristige Personalplanung bzw. Auftragssicherung erhalten, was sich bei Personalentscheidungen stets positiv auswirkt.

- Es wird des weiteren nochmals zu prüfen sein, wie über die verschiedenen Instrumente der Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung der Stadt Kooperationsformen für das Projektgebiet Soziale Stadt gefunden werden.

Perspektiven

- Die schnelle und – gemessen an den jeweiligen Projektzielen – erfolgreiche Umsetzung des LOS-Programms im Wormser Süden erfordert von allen Projektbeteiligten erheblichen Einsatz. Die Kurse stellen einen zentralen und **niedrigschwelligen Baustein zur Förderung von Qualifikation und Beschäftigung** dar. Dieser Ansatz ist weiterzuentwickeln.
- Anzustreben wäre z.B. auch die Durchführung eines LOS-Projektes, in dem durch einen Projektbeauftragten die „**Jobpotentiale im Wormser Süden**“ untersucht werden. Hierüber wären auch die Kontakte zur IHK, Handwerkskammer und anderen strategischen Partnern aufzunehmen.
- Mit der Agentur für Arbeit sowie der ARGE Worms sind Wege zu einer verbesserten **Datenlage als Grundlage für gezielte Maßnahmen** zu suchen.
- Das Konzept für den Baustein 2 „Lokale Beschäftigung und Wirtschaft“ ist mit den seitherigen Projektbeteiligten und Partnern aus der Wirtschaft, der Agentur für Arbeit und der Wormser ARGE weiterzuentwickeln.

IV.3 – Baustein 3 – Quartierzentrum

Das Fördergebiet „Soziale Stadt“ im Wormser Süden ist kleinräumig abgegrenzt und innerhalb dieser Abgrenzung noch zusätzlich in mehrere Bereiche untergliedert:

- 3 Wohnblocks: Horchheimer Straße 21, Boosstraße 1 und 2 (zukünftig 51 Wohneinheiten)
- 19 Reihenhäuser (1 davon wird als Stadtteilbüro genutzt), errichtet auf dem Gelände ehemaliger „Flachbauten“
- 6 Einfachwohnungen („Containerbauweise“) zur Unterbringung von Obdachlosen (hinter dem Wohnblock Horchheimer Str. 21), durch einen Zaun und eigenen Zugang abgegrenzt.
- Der Bereich der Spiel- und Lernstube sowie 2 Privatgrundstücke am Ende der Boosstraße sind zusätzlich entlang der Straße durch eine 2 m hohe Mauer abgegrenzt. Diese Mauer war in der Vergangenheit als eine Abgrenzung zu einer Hühnerfarm

errichtet worden. Ein Quartierszentrum ist derzeit nicht zu erkennen. Die Spiel- und Lernstube mit ihrem Außengelände ist selbstverständlich das „Zentrum“ für Kinder, das Stadtteilbüro entwickelt sich zum „Zentrum“ für Erwachsene. Die Straße (als Sackgasse) ist Erschließungsstraße für die Reihenhäuser und die Spiel- und Lernstube. Sie ist – was wegen des PKW-Verkehrs stets gefährlich ist – als Spielstraße von radfahrenden und ballspielenden Kindern genutzt. Vor dem Eingang der Spiel- und Lernstube sammeln sich vor deren Öffnungszeiten die jeweiligen Kindergruppen.

Ziele:

Als Ziele wurden seither formuliert:

- Entwicklung eines Quartierszentrums
- Stärkung der Nahversorgung

Maßnahmen:

- Im Zusammenhang mit der *Entwicklung eines Gesamtkonzeptes* (s. insbes. auch städtebauliche Entwicklung III.2.2) für das Quartier sind die verschiedenen Abgrenzungen im Wohngebiet auf ihre Notwendigkeit und Veränderungsmöglichkeiten hin zu beraten. Nach ersten Überlegungen z.B. die Mauer ganz zu entfernen, gibt es mittlerweile Ideen in der Richtung, die positiven Funktionen der Mauer (z.B. Schutzfunktion für Kinder der Spiel- und Lernstube) zu erhalten, sie ggf. nur teilweise abzutragen, sie zu durchbrechen, zu gestalten und zu nutzen. Dies könnte im Rahmen eines von Wormser Künstlern begleiteten Projektes geschehen. Dies würde zu einer „*Öffnung*“ dieses Bereichs und der Förderung eines „*Zentrums*“ beitragen.
- Der Verbesserung und Stärkung der Nahversorgung dient eine gute und verkehrssichere Anbindung des Wohngebietes durch den öffentlichen Nahverkehr. Hierfür gibt es schon jahrelange Bemühungen der Spiel- und Lernstube in Zusammenarbeit mit Anwohnern. Diese wurden mit Beginn des Projektes „Soziale Stadt“ vom Stadtteilbüro erneut aufgegriffen. Mit Anwohnern wurden im Rahmen von Bewohnertreffen und einer Arbeitsgruppe die „Knackpunkte“ bzgl. ÖPNV/Verkehrssituation in und um das Wohngebiet gesammelt und mit Verkehrsexperten der Verwaltung und der Kommunalpolitik beraten. Ergebnis ist eine zwischen Verwaltung und Anwohnerschaft abgestimmte Planung zur Zusammenlegung von Bushaltestellen in Verbindung mit der Installation einer Fußgängersignalanlage, die – wie bereits aus Punkt III.2.2 ersichtlich – Eingang in die städtebauliche Rahmenplanung gefunden hat. Die weiteren städtebaulichen Elemente – Spielstraße mit geordneter Parkierung, Ausbau der Radwegeverbindungen – begünstigen ebenfalls die Entwicklung eines Quartiers.

Weitere Initiativen zur Entwicklung eines Quartierzentrums und der Stärkung der Nahversorgung müssen im weiteren Entwicklungsprozess im Zusammenhang mit der Entwicklung des sog. „Salamandergeländes“ und der Weiterentwicklung des Förderstandortes beraten werden. (vgl. auch Baustein 4)

IV.4 – Soziale, kulturelle, bildungs-, und freizeitbezogene Infrastruktur

Zentrales Ziel dieses Bausteins ist die Verbesserung des Infrastrukturangebotes im Interesse des sozialen Ausgleichs.

Maßnahmen:

Kinder- und Jugendarbeit

Das zentrale Infrastrukturangebot des Wohngebietes stellt seit ca. 20 Jahren die Spiel- und Lernstube des Diakonischen Werkes Worms-Alzey dar. Hier werden z.Zt. regelmäßig 43 Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis einschließlich 13 Jahren betreut und in ihrer Entwicklung begleitet. Angemeldet sind demgegenüber 66 Kinder. Eine Erweiterung der Betriebserlaubnis von 2 – 16 Jahren ist angestrebt.

Darüber hinaus nutzen auch Jugendliche aufgrund des Bedarfs die Einrichtung. Die Spiel- und Lernstube besteht aus 1 Kindergruppe und 8 Hausaufgabengruppen verschiedener Klassenstufen. Daneben wird Förderunterricht und eine sinnvolle Freizeitgestaltung in 4 Altersgruppen angeboten. Weitere Angebote sind: Durchführung von Freizeiten, Projekten (z.B. Umgestaltung der Räumlichkeiten und des Außengeländes über die „Aktion Mensch“, Kinderflohmärkte, Projekte zur Umwelterziehung), Jugendberufshilfe und Feste (Sommerfest, Weihnachtsfeier). Wöchentlich findet zur frühkindlichen Förderung und Erfahrungsaustausch der Mütter ein „Müttertreff“ mit Kleinkindern statt. Die Kinder und Jugendlichen kommen hauptsächlich aus dem Wohngebiet Boosstraße/Horchheimer Straße oder es besteht eine familiäre Anbindung zum Wohngebiet.

Zunehmend wird die Einrichtung auch von Eltern und Kindern von außerhalb des Wohngebietes angefragt, denen jedoch aufgrund der räumlichen und personellen Ressourcen nicht nachgekommen werden kann. Darüber hinaus werden im Jahr 2006 weitere 25 modernisierte Wohnungen vorr. von neuen Mietern, die seither nicht im Wohngebiet lebten, bezogen. Es wird deshalb unter Einbeziehung der kommunalen Jugendhilfeplanung in nächster Zeit zu prüfen sein, in welchem Umfang u. U. auch anderweitig noch Angebote zur Verfügung stehen bzw. hier Angebote noch ausgeweitet oder verändert werden müssen.

Die Spiel- und Lernstube hat erhebliche Erfolge vorzuweisen: Im Gegensatz zu früher besuchen mittlerweile zahlreiche Kinder weiterführende Schulen und erlangen einen Schulabschluss. Der Anteil der Kinder in Förderschulen ist erheblich zurückgegangen. Z.Zt. besucht nur noch ein verschwindend geringer Anteil der Kinder des Wohngebietes eine Förderschule.

Neben der Arbeit mit den Kindern finden regelmäßig Eltern- und Lehrgespräche statt. Die Beratung der Eltern der Spiel- und Lernstube in Existenzfragen erfolgt im Rahmen der Sozialberatung im Stadtteilbüro (s.u.)

Perspektiven:

Wie oben beschrieben deckt die Spiel- und Lernstube zur Zeit neben der Arbeit mit den Kindern auch in erheblichem Maße die Arbeit mit Jugendlichen ab. Es wird aber zunehmend deutlich, dass dies im Rahmen der Einrichtung nur begrenzt möglich ist. Angebote einer offenen Jugend(sozial)arbeit und dafür geeignete Räumlichkeiten fehlen im unmittelbaren Wohngebiet. Dies muss im Rahmen der weiteren Stadtteilentwicklungsplanung und einer Öffnung des Wohngebietes berücksichtigt werden. Hierzu ist die kommunale Jugendhilfeplanung sowie das Kinder- und Jugendbüro der Stadt Worms in die weiteren Planungen mit einzubeziehen.

Spielräume für Kinder und Jugendliche

Die Umsetzung des Baus eines Bolzplatzes, der eine wesentliche Verbesserung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche darstellt, ist nach langen gemeinsamen Planungen und aktiver Beteiligung von Eltern, Kindern und Jugendlichen sowie der Spiel- und Lernstube schon fast abgeschlossen. Der Bolzplatz entstand auf einem Grundstück (ehemaliger Kleinkinderspielplatz) in Eigentum der Wohnungsbau GmbH Worms. Für die Erneuerung des Kinderspielplatzes liegen nach einem umfangreichen Beteiligungsprojekt (Sichtung von Spielplätzen in Worms, Workshops in der Spiel- und Lernstube mit Bau von Modellen) erste Umsetzungsentwürfe vor. Diese Entwürfe wurden mit Kindern, Jugendlichen und Eltern bewertet. Danach kann der planende Architekt der Wohnungsbau GmbH Worms dann die entsprechenden Aufträge erteilen. Es ist vorgesehen, dass sich Eltern und Kinder/Jugendliche an der Umsetzung praktisch beteiligen (z.B. im Rahmen von Pflanzaktionen). Ebenso sollen für den Garten- und Landschaftsbau qualifizierte Teilnehmer/innen eines LOS-Projektes hier mitarbeiten.

Bürgertreffpunkt, Bildungsarbeit und Sozialberatung

Bürgertreffpunkt (s. Ausführungen zu Baustein 1)

Bildungsarbeit (s. Ausführungen zu Baustein 2)

Sozialberatung (s. Ausführungen zu Baustein 1)

Perspektiven:

Das Stadtteilbüro in einem Wohnhaus stößt bereits nach 1 Jahr bei Veranstaltungen mit mehr als 20 Teilnehmer/innen an seine Grenzen. Auch ist das Angebot an Bildungskursen aus Platzgründen im Haus nicht mehr auszuweiten, weil sonst für die offenen Angebote der Gemeinwesenarbeit und für das eigene Engagement der Bürger/innen kein Raum mehr ist. Dies bezieht sich auch auf die Entwicklung interkultureller Angebote für die Migranten/innen und Angebote für ältere Menschen sowie deren selbstorganisierten Veranstaltungen. Eine Weiterentwicklung im Wohngebiet und erst recht eine Öffnung für den Wormser Süden erfordern neue Überlegungen, wie dem dadurch wachsenden Bedarf entsprochen werden kann (vgl. Perspektive der Kinder- und Jugendarbeit). Hierbei ist insbesondere auch zu prüfen, inwieweit durch die Nutzung von räumlichen Ressourcen auch außerhalb des Stadtteils eine stärkere Verzahnung mit den umliegenden Gebieten und damit eine bessere Integration des Stadtteils in das gesamtstädtische Gefüge erreicht werden kann.

IV. 5 – Baustein 5 – Wohnen

Das Sanierungsziel in diesem Gebiet besteht vor allem darin, die Grundrisse der bestehenden Wohnungen zu verbessern bzw. an heutige Standards anzupassen. Gerade im öffentlich geförderten Wohnungsbau ergaben sich in den vergangenen Jahren deutliche Anpassungen der allgemeinen Standards. Vor allem soll in den bestehenden Wohnungen die Sanitärausstattung verbessert werden. Die Beheizung soll zukünftig gasbefeuert durch ein Blockheizkraftwerk zentral erfolgen. Zudem sollen durch energetische Maßnahmen, wie z.B. die Anbringung von Wärmedämmung an den Außenfassaden die Heizungs- und Warmwasserkosten auf ein Mindestmaß gesenkt werden.

Es erfolgt weiterhin eine optische Aufwertung der Wohnblöcke durch ein Farbkonzept mit dem Ziel für eine positive Ansicht zu sorgen. Für die Reihenhausbebauung sind auch erweiterte Instandhaltungsmaßnahmen an Fassaden und Verbesserungsmaßnahmen an den dazugehörigen Gärten geplant.

IV. 5 – Baustein 6 – Wohnumfeld und Ökologie

Gemeinsames Spielen wird genauso angestrebt wie attraktive Kinderspielplätze, so dass Kontakte zur Umgebung über Bolzplatz und Kinderspielplätze zustande kommen. Begegnungen in Grünanlagen mit kleinen Plätzen für die ältere Generation, zwecks Verbesserung der Anbindung an die Umgebung

Gestaltung der gesamten Außenanlage weit über die Erfordernisse, welche die LBO Rheinland-Pfalz stellt, somit auch weit über die Mindestausstattung hinaus.

Kapitel V - Zeitplan

2003 Juni: Erstmalige Antragstellung auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“
Dezember: Bewilligungsbescheid des Ministeriums für Inneres und Sport

2004

- 01.05.04 Aufnahme der Tätigkeit des Quartiersmanagers
- Antrag auf Projektförderung LOS

2005

- Weitere Fortschreibung der KoFi bezüglich Ausgaben für Quartiermanager
- Einstellung der Kosten für die Umgestaltung des Spielplatzes
- Fortführung LOS-Projekte
- Entwurf Integriertes Handlungskonzept
- Planung und weitgehende Umsetzung Bolzplatz
- Kinder-Beteiligungsprojekt „Spielplatz“ –Planung-

2006

Bauliche Maßnahmen – Maßnahmen Wohnumfeld – Erschließungsanlagen

- Gestaltung der Gehwege
- Planung Verlegung Bushaltestelle und Ampelanlage
- Gestaltung der Außenanlagen
- Fortschreibung der KoFi für diese Maßnahmen (s. Details Kapitel VI)

Beteiligungsmaßnahmen (Schwerpunkte)

- Kinder-Beteiligungsprojekt „Spielplatz“ –Umsetzung-
- Bürgerbeteiligung Wohnumfeldplanungen (Wohnblocks)

Inhaltliche Schwerpunkte in der konzeptionellen Arbeit und Arbeitsschwerpunkte für die lokale Projektkoordination:

- Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes
- Stabilisierung und Ausbau der Beteiligungsstrukturen
- Bedarfsprüfung bezüglich der Kinder- und Jugendarbeit
- Prüfung weiterer Beschäftigungsfördermaßnahmen und Weiterentwicklung der LOS-Projekte

2007

Bauliche Maßnahmen – Maßnahmen Wohnumfeld – Erschließungsanlagen

- Ausbau der Boosstraße
- Neu geschaffenen öffentliche Stellplätze
- Instandsetzung Reihenhäuser und Obdachlosenunterkünfte

Inhaltliche Schwerpunkte in der konzeptionellen Arbeit und Arbeitsschwerpunkte für die weitere Projektkoordination

- Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes
- 2007/2008: Erhebung aktueller Struktur- und Sozialdaten in Hinblick auf Erweiterung des Projektgebietes

Kapitel VI – Kosten- und Finanzierungsübersicht

Zuwendungsvoraussetzungen:

Allgemeine Voraussetzung für die Förderung der Gesamtmaßnahme ist, dass das besondere Städtebaurecht angewendet wird und die Ausgaben der Gesamtmaßnahme weder von der Gemeinde allein getragen noch anderweitig gedeckt werden können. Grundlagen der Förderung sind die Gebietsabgrenzung und ein integriertes Entwicklungskonzept im Sinne einer ganzheitlichen Aufwertungsstrategie in einem umfassenderen Zusammenhang zielgerichteter sozialer und ökologischer Infrastrukturpolitik.

Art, Umfang und Höhe der Förderung:

Förderungsfähig sind alle Ausgaben der Gemeinde für Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der Gesamtmaßnahme nach Maßgabe allgemeiner und besonderer Zuwendungsbestimmungen. Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die maßnahmebedingten Ausgaben der Gemeinde für Einzelmaßnahmen unter Berücksichtigung der maßnahmebedingten Einnahmen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde.

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

Kapitel VII – Aussicht für weitere Entwicklung

Die beschriebenen Entwicklungsansätze sind kontinuierlich fortzusetzen (s. hierzu auch die bei den einzelnen Bausteinen aufgezeigten Perspektiven) und entsprechend der Bedarfe weiterzuentwickeln. Darüber hinaus sind Planungen in Richtung einer Ausweitung des

Fördergebietes einzuleiten. Hintergrund dafür ist, dass das Fachkonzept der Initiatoren der „Sozialen Stadt“ in Worms (u.a. Diakonisches Werk, Wohnungsbau GmbH Worms, Vertreter der Stadtverwaltung und des Stadtrats) vorsieht, dass die soziale Stadtentwicklung im Wormser Süden – ausgehend vom Wohngebiet Boosstraße/Horchheimer Straße – weitere Teilgebiete umfasst: Genannt wurden stets die Schildstraße in unmittelbarer Nähe und die Gernot- und Gibichstraße. Das deutet darauf hin, dass die Entwicklung des „Sozialen Brennpunktes“ im Zusammenhang mit einer Gesamtentwicklung des Wormser Südens gesehen wurde. Auch die Benennung des Förderstandortes als „Wormser Süden“ drückt dies aus, nicht zuletzt um eine erneute Stigmatisierung der Siedlung Boosstraße/Horchheimer Straße zu vermeiden.

In Absprache mit dem Land Rheinland-Pfalz beschloss der Stadtrat im Jahr 2004 eine Gebietsabgrenzung „Soziale Stadt“, die sich auf den sog. „Sozialen Brennpunkt“ beschränkt. Dieser wurde von den politisch Verantwortlichen in Worms in der Folge stets vom Grundsatz her als „Pilotstandort“ beschrieben. Ausgehend von den hier gemachten Erfahrungen sollte eine Erweiterung des Fördergebietes in nächsten Schritten angegangen werden. Für diese Perspektive sind als weitere Schritte die politischen, wie auch die planerischen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehören Bestandsaufnahmen, Beschreibung von Handlungsbedarfen und Maßnahmen aus stadt- und sozialplanerischer Sicht ohne Gefährdung der bereits im Projektgebiet eingeleiteten Maßnahmen. Die bereichsübergreifende städtische Steuerungsgruppe „Soziale Stadt Wormser Süden“ schlägt deshalb nach ihrer Sitzung am 13.12.05 vor, in 2007/2008 aktuelle Struktur- und Sozialdaten für eine mögliche Erweiterung des Projektgebietes über die Stadtentwicklungsplanung sowie die fachbezogene Planung des Bereichs 5 – Soziales, Jugend und Wohnen zu erheben, um in 2008 verlässliche Daten als Grundlage für weitere Planungen in Hinblick auf eine sinnvolle Gebietserweiterung zur Verfügung zu haben. Dieser Zeitrahmen wurde insbesondere auch in Hinblick auf das in den Jahren 2006 und 2007 noch erhebliche finanzielle Engagement der Stadt als auch in Hinblick auf die notwendige Stabilisierung und Weiterentwicklung der im Projektgebiet eingeleiteten Maßnahmen gewählt.

Kapitel VIII – Öffentlichkeitsarbeit

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, die soziale Stadtentwicklung im Wormser Süden und alle damit verbundenen Maßnahmen nach „innen“ gegenüber den Bewohner/innen und nach „außen“ gegenüber dem gesamten Stadtteil, der Stadt und der Region transparent zu machen. Vor allem sollen die positiven Aspekte und Entwicklungsschritte sachgerecht vermittelt werden

und damit eine Art „Gegenöffentlichkeit“ gegenüber der seitherigen öffentlichen Stigmatisierung des Wohngebietes erfolgen. Besondere Bedeutung hat dabei die Einschätzung der Bewohnerschaft, die in die Öffentlichkeitsarbeit zunehmend einbezogen werden soll. Alle Partner des Projektes sind mit ihren jeweiligen Möglichkeiten an der Öffentlichkeitsarbeit beteiligt. Das Stadtteilbüro hat sich im 1. Jahr seines Bestehens zur zentralen Instanz für die **wohngebietsinterne und die externe Öffentlichkeitsarbeit** entwickelt. Zur Bekanntmachung der verschiedenen Veranstaltungen wurden Einladungen für die Bewohner/innen und Projektpartner/innen sowie 7 Ausgaben des Faltblattes „Das Stadtteilbüro informiert“ – meist in enger Kooperation mit der Spiel- und Lernstube - erstellt und verteilt.

Regelmäßig – mindestens 1 x monatlich - wurde die **Presse durch Presseberichte zu den verschiedenen Anlässen und Initiativen** informiert. Mehrfach präsentierte das Stadtteilbüro die Entwicklung des Projektes u.a. gegenüber Parteien, im Wormser Stadtrat, dem Wormser Bundestagsabgeordneten und einer Delegation der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes Rheinland-Pfalz (ADD). Diese Präsentationen erfolgten i.d.R. in Kooperation mit Projektpartnern. Das Stadtteilbüro erstellte eine **Internetpräsentation** im Rahmen der Website des Diakonischen Werkes (www.dwwa.de) und ist auf der Internetplattform der Gemeinwesenprojekte in Rheinland-Pfalz (Quarternet) vertreten. Gemeinsam mit den Projektpartnern wurde auf der Basis einer Zeichnung von Jugendlichen ein Logo beraten und entschieden:



Die Wohnungsbau GmbH Worms berichtet regelmäßig in ihrem **Mietermagazin „Wohnen mit uns“** vor allem über die Verbesserung der Wohnsituation und präsentierte das LOS-Projekt „UrbanNet“ in der Verbandszeitschrift der Wohnungswirtschaft. Wohnungsbau GmbH sowie Stadtteilbüro und Spiel- und Lernstube des Diakonischen Werkes präsentierten sich erstmals gemeinsam an einem Info-Stand in der Stadt im Rahmen des AGENDA-Tages 2005 zum Thema „Energie“. Die Stadt Worms verantwortete in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro die **zentrale Öffentlichkeitsarbeit für das Gesamtprojekt Soziale Stadt Wormser Süden** sowie die LOS-Projekte (Pressekonferenz, Projektpräsentationen). Die Präsentation der „Sozialen Stadt“ ist auf der **Website der Stadt Worms** vorgesehen. Zur Zeit ist das Gebiet lediglich unter <http://www.sozialestadt.de/gebiete/gebietAnzeige.php?id=390> erfasst.

Ergebnis der vielfältigen Öffentlichkeitsarbeit ist, dass die soziale Stadtentwicklung im Wormser Süden positiv besetzt ist und dass mittlerweile Bewohner/innen den Eindruck formulieren (Pressekonferenz anlässlich 1 Jahr Stadtteilbüro), dass „der schlechte Ruf weg“ ist. Diese Öffentlichkeitsarbeit muss kontinuierlich fortgesetzt und die Bewohner/innen als aktive Partner noch stärker einbezogen werden. So könnte sich z.B. das Info-Blatt des Stadtteilbüros zunehmend zu einer den Wormser Süden übergreifenden „**Stadtteilzeitung**“ weiterentwickeln.

Kapitel IX - Verfahren

Bisher wurde dem Stadtrat eine Beschlussvorlage zur Gebietsabgrenzung und der Ausweisung des Gebietes gem. § 171e Abs. 3 BauGB im Sinne der Maßnahme „Wormser Süden“ vorgelegt. In der Sitzung des Stadtrates vom 24.11.04 wurde die Ausweisung des Gebietes einmütig beschlossen (Beschlussvorlage 5/002/2004).

Dem Sozialausschuss wurde in seiner Sitzung am 30.05.05 ein Zwischenstand der bis zu diesem Zeitpunkt eingeleiteten Maßnahmen präsentiert (Mitteilungsvorlage 5/033/2005).

Jährlich ist eine aktualisierte Kosten- und Finanzierungsübersicht beim Zuschussgeber einzureichen. (letzte Vorlage November 2005)

Das integrierte Handlungskonzept ist den Beschlussgremien vorzustellen und so dann an den Zuschussgeber weiterzuleiten. (Ende 2005/Anfang 2006).